

Ennsnahe Trasse (Projekt für B 146)



Lage

Geplante, aber nicht verwirklichte Straße entlang der Enns.

Nach den großräumigen österreichischen Straßenplanungen bestand ab den 1970er Jahren die Absicht, die Tauernautobahn und die Pyhrnautobahn mit einer Schnellstraße zu verbinden. Ein diesbezügliches Projekt, bezeichnet als "S 8 Schnellstraße, B 308 Ennstal Ersatzstraße, Abschnitt Trautenfels - Liezen" gab es von DI Dr. Erich Marx aus Wien im Jahre 1983.

Ursprünglich, als der regionale Widerstand gegen dieses Projekt noch nicht sehr groß war, scheiterte die Verwirklichung offenbar am Geldmangel und weil der Ausbau von Autobahnen in vielen Bereichen wichtiger war. Vor allem der Abschnitt von Stainach bis Liezen war eine Engstelle und es gab wiederholt Versuche, diese Situation durch die Errichtung einer sogenannten Ennstrasse entlang der Enns zu verbessern.

Mit Bescheid vom 18.02.1988 wurde die naturschutzrechtliche Bewilligung für den Ausbau der damaligen B 146, Ennstal Straße, im Abschnitt "Stainach - Liezen" unter Vorschreibung von Auflagen erteilt. Von den DI Werner Zinthauer und Gernot Reiter aus Graz wurde 1989 ein Projekt für den Ausbau der Straße mit einer landschaftspflegerischen Begleitplanung, erstellt von DI Herwig Zisser aus Graz, erstellt.

Diese Planungsunterlagen wurden Anfang 1990 in den betroffenen Gemeinden zur Einsichtnahme für die Bevölkerung aufgelegt und zusätzlich gab es Diskussionsveranstaltungen in den Gemeinden. Gleichzeitig wurde der Widerstand gegen den Bau der ennsnahen Trasse immer größer. Die betroffenen Grundbesitzer weigerten sich fast geschlossen, Grundstücke für den Straßenbau abzutreten und ließen es auf Enteignungsverfahren ankommen. Es bildete sich eine "Bürgerinitiative Schönes Ennstal", die an Stelle eines Neubaus den Ausbau der bestehenden Straße mit einer Unterflurtrasse in Liezen forderte. Auch die Gemeinden südlich der Enns sprachen sich gegen die ennsnahe Trasse aus. Die vom Durchzugsverkehr betroffenen Gemeinden nördlich der Enns verlangten dagegen den Bau dieser durchgehenden Umfahrungsstraße. In Liezen sprach sich z. B. der Gemeinderat mit 20 zu 2 Stimmen dafür aus.

1990 begannen die Straßenblockaden, bei denen die Befürworter und Gegner des Projektes jeweils für zirka drei Stunden die gesamte Bundesstraße sperrten, um ihren gegenteiligen Forderungen Nachdruck zu verschaffen.

Trotz des teilweisen Widerstands wurde mit Verordnung des Bundesministers für wirtschaftliche Angelegenheiten vom 07.09.1990 der Straßenverlauf dieser ennsnahen Trasse entsprechend dem damals vorliegenden Projekt verordnet.

 Quelle: Akte über den geplanten Straßenbau, Zeitungsausschnitte, Flugblätter

 Verfasser: Karl Hödl, 22.07.2019

 Letzte Überarbeitung: 23.07.2019